

Exit vom Plebiszit

Ist es immer klug, das Volk – unwiderruflich – sprechen zu lassen? Insbesondere dann, wenn ohnehin alle wissen, dass Referenda und Rationalität üblicherweise nicht unbedingt zusammenpassen?
Argumente gegen das Volksabstimmungsvirus.

Christian Fleck

Nach einschneidenden politischen Ereignissen zählt es zum guten Ton, Besserung zu versprechen. So nach der Stichwahl zum Bundespräsidenten und so nach dem Ja zum Brexit letzte Woche. Die ritualisierte Zerknirschtheit verflüchtigt sich meist ebenso rasch, wie sie flugs zur Hand war. Dabei gibt es guten Grund, einem vielen lieb gewordenen Lebensabschnittsbegleiter Ade zu sagen: dem Plebiszit.

Karl Poppers Lob der offenen Gesellschaft gipfelt bekanntlich darin, dass in dieser der Bürgerschaft in regelmäßigen Abständen Gelegenheit gegeben wird, ihre Regierung zum Teufel zu jagen. Warum hat noch niemand auf das Fehlen eines solchen Korrekturmodus bei der direkten Demokratie hingewiesen? Wohl weil der Souverän, das Volk, a priori nicht irren kann, wie uns seine Fürsprecher nicht müde werden zu erklären.

Der Brexit sollte dem Letzten die fatalen Folgen von Volksentscheiden vor Augen geführt haben. Doch statt sich eines Besessenen zu besinnen und der Volksabstimmerei endgültig zu entsagen, plädieren manche, sie in Serienproduktion, alias Wahlwiederholung, gehen zu lassen; die Schweizer Nachbarn freuen sich derweilen, nicht mehr allein zu Hause zu sein mit einem sinnfreien Volksentscheid.

Neben der praktischen Unmöglichkeit, eine einmal getroffene Entscheidung in einem sinnvollen Zeitraum wieder revidieren zu können – was bei Wahlen zu Parlamenten, siehe Spanien, relativ leicht möglich ist –, sprechen weitere Gründe für den Exit vom Plebiszit.

Das Plebiszit steht und fällt mit der starken, aber unrealistischen Annahme, die Stimmberechtigten wüssten, (a) worüber sie abstimmen und (b) welche Meinung sie hätten. Weder das eine noch das andere trifft zu. Die Bundespräsidentenwahl lieferte mehr als einen

Beweis dafür, dass nicht über die Fähigkeit zur Ausübung des Staatsnotariats abgestimmt wurde, sondern über Schickleria, Mitleid mit einem Abgestürzten und ich weiß nicht, was sonst noch alles Wählerinnen und Wähler bewegt hat, ihr Kreuzerl da oder dort zu machen. Ähnlich im noch Vereinigten Königreich, wo mein persönliches Lieblingsstatement das eines Weltkriegsveteranen war, der meinte, am 23. Juni 2016 seine von den „Krauts“ getöteten Kameraden gerächt zu haben.

Werden komplexe Fragen zu einer Ja/Nein-Abstimmung, scheint es unvermeidbar, dass sich merkwürdigste Koalitionen bilden. Überraschend ist da eigentlich nur, dass dieser Umstand bislang in den Debatten über Plebiszite zu wenig gewürdigt wurde. Während die Gefahr von Demagogen gesehen wurde und wird, argumentieren Befürworter der partizipativen Demokratie immer noch so, als herrsche auf dem Markt der Wähler Rationalität, als wüssten die Abstimmenden, warum sie wofür ihre Stimme abgeben, und täten das, ohne sachfremden Einflüssen nachzugeben.

Bekanntlich gehören mittlerweile sogar Mainstream-Ökonomen nicht mehr zu denen, die lautstark verkünden, Marktteilnehmer handelten rational. Doch während die Ergebnisse der Behavioral Economics in der Volkswirtschaftslehre mittlerweile angekommen sind, ignorieren politische Theoretiker diese Einsichten weiterhin. Die Befürworter der partizipativen Demokratie huldigen einem Homo politicus, der wenigstens so realitätsfern ist wie sein Vetter Homo oeconomicus. Weder der eine noch der andere ist vollständig informiert, weiß, was er nicht nur heute spontan will, sondern was langfristig in seinem Interesse ist, und kann seine persönlichen Präferenzen in eine stabile Ordnung bringen. Der



Christian Fleck: Der Homo politicus ist uninformatiert.
Foto: Sissi Furgler



Demokratie darf nicht auf Lügen aufbauen: Europafreundliche Briten protestierten zuletzt gegen den EU-Austritt ihres Landes – sie fühlen sich von einer Minderheit um ihre Zukunft betrogen.

Homo politicus gleicht echten Wählerinnen und Wählern so wenig wie andere Ideale realen Menschen.

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht darum, die Wähler für dumm zu erklären, es genügt, in Rechnung zu stellen, dass sie wie Teilnehmer auf anderen Märkten als nur beschränkt rational angesehen werden sollten: Vorurteile, Gruppeneinflüsse und Routinehandeln siegen über kühles Abwägen eigener Interessenlagen. Wenn dem so ist (die Wahlforschung weist in diese Richtung), dann wird unmittelbar deutlich, worin der Vorzug der repräsentativen Demokratie liegt.

Wäre bei der letzten britischen Unterhauswahl Partei A für Leave und Partei B für Remain gewesen, hätte die gleiche Stimmverteilung wie letzte Woche die Brexit-Regierung genötigt, ihr Versprechen in Angriff zu nehmen. Vielleicht hätte sie begonnen, es auch umzusetzen, oder doch rasch eingestehen müssen, man habe zu viel versprochen – jedenfalls könnte sie erst bei der nächsten Wahl abgestraft werden. Bis dahin könnte das

Elektorat auch wieder anders gestimmt sein. Die Abkühlungsfunktion von Verhandlungsprozessen und die Kompromissnotwendigkeit zwischen Verhandlungspartnern sind die besten Medikamente gegen Demagogen.

Selber Haare schneiden?

Hinzu kommt, dass in modernen arbeitsteiligen Gesellschaften auch der Beruf des Politikers spezifische Fähigkeiten verlangt. Oft genug besitzen die vielgescholtenen Ausübenden diese, selbst wenn sie nicht wie der britische Noch-Premierminister Cameron ein Politics-, Philosophy- and Economics-Studium absolviert haben. Allein schon wegen der Arbeitsteilung ist es sinnvoll, auch die Umsetzung politischer Absichtsbekundungen jenen zu überlassen, die das „on the job“ erlernt haben. Ganz ebenso, wie wir uns selten selber die Haare schneiden, Auto in Selbstbauweise basteln und Ehescheidungen bei Parship.com bestellen.

Wenn Politiker, wie manche britische Brexit-Befürworter, dahinterkommen, dass sie irgendwas nicht richtig vorhergesehen haben, können sie ihren eigenen Sinneswandel eventuell erfolgreich als neue Einsicht kommuni-

zieren. Wahlen sind in der repräsentativen Demokratie glücklicherweise mehrdeutig und der berühmte Wählerwille ein hübsches und nützliches Konstrukt, um Unebenheiten auszubügeln. Ebendas fehlt im Fall eines Plebiszits.

Eine letzte bedenkenswerte Paradoxie des Brexit ist, dass dem britischen Austrittswunsch die 27 verbleibenden Mitglieder anders begegnen (müssen) als dem Eintrittswunsch eines Neumitglieds. Während die Aufnahme an die Bedingungen der Insider geknüpft wird, kann das austrittswillige Land die anderen mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen stellen. Eine Schritt-für-Schritt-Trennung scheint praktisch unmöglich, eine Bestrafung der Austretenden unabdingbar – und alle Folgen unvorhersehbar. Politik ohne Plebiszite ist vielleicht weniger spektakulär, aber berechenbarer. Nicht der kleinste Vorteil repräsentativer Demokratie.

CHRISTIAN FLECK (Jahrgang 1954) lehrt Soziologie an der Universität Graz. 1993/1994 war er Schumpeter Fellow an der Harvard University. Von 2005 bis 2009 war er Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. Soeben erschien von ihm bei Palgrave Macmillan „Sociology in Austria“.

KORREKTUREN

Komma verrutscht

Betrifft: „Üppige Beamtenpensionen in ausgegliederten Betrieben“ von Günther Oswald

DER STANDARD, 21. 6. 2016
Im obengenannten Artikel schreiben wir: „An 1309 frühere Mitarbeiter (der Bundestheater, Anm.) wurden im Schnitt 4274,74 Euro ausbezahlt. Die Kosten für den Staat: etwas mehr als 783 Millionen Euro pro Jahr.“

Es finden sich schlechterdings gleich zwei Fehler in diesem Satz. Wir haben uns bei den Gesamtausgaben um eine Kommastelle vertippt (783 Millionen statt 78,3 Millionen Euro). Und die Zahl der Bezieher lag nicht bei 1309, sondern bei 2309 Personen, wodurch natürlich auch die Höhe der Durchschnittspension nicht korrekt angegeben war.

Tatsächlich richtig ist: Die Durchschnittspension lag bei 2423,40 Euro (also 78,3 Millionen Euro durch 2309 Bezieher).

Aus Kommentaren internationaler Zeitungen zum VfGH-Erkenntnis:

Süddeutsche Zeitung

(München) Nun ist es passiert: Die österreichischen Verfassungsrichter haben das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl gekippt – und das ist nicht nur juristisch betrachtet eine gute Entscheidung. (...) Rechtswidrig war ziemlich viel an ziemlich vielen Orten. Und angesichts des knappen Ergebnisses ist ein Einfluss der Schlapereien und Versäumnisse auf den Wahlausgang zumindest gut möglich. Die Verfassungsrichter hatten also eigentlich gar keine andere Möglichkeit, als die Stichwahl für ungültig zu erklären. Mag sein, dass es formal zulässig wäre, in nur einzelnen Stimmbezirken nachwählen zu lassen. Aber wirklich sauber ist nur ein Weg: Alle Österreicher werden nochmal an die Urnen gerufen.

Frankfurter Rundschau

Setzt Österreich jetzt ein demokratisches Zeichen? Sicher ist das keineswegs. Aber die Hoffnung würde wachsen, wenn Brüssel und das stärkste EU-Mitglied Deutschland aufhören würden, einfach so weiterzumachen wie bisher. So verlogen die rechte Propaganda gegen Europa ist, so berechtigt ist ja die Skepsis vieler Menschen gegenüber einer intransparenten, bürgerfernen und sozial ungerechten Politik, wie die EU in ihrer jetzigen Form sie weitgehend betreibt. Es muss Schluss damit sein, die Kritik am derzeitigen Zustand der EU den Rechten zu überlassen. Wer Europa will, muss es verändern, um es zu verteidigen.

Bild

(Berlin) Politbeben in Österreich. Präsidentenwahl muss wiederholt

PRESSESTIMMEN

werden. Kommt es doch noch zum Rechtsruck bei den Ösis?

Neue Zürcher Zeitung

Die unbefriedigende Konsequenz ist, dass nun für mehrere Millionen Euro eine Wahl wiederholt werden muss, deren Ergebnis nach dem sehr ernsthaften und transparenten Verfahren des Verfassungsgerichts niemand ernsthaft anzweifelt. Dem Land steht neuerlich ein polarisierender Wahlkampf bevor, der politische Kräfte absorbiert. Zudem muss Österreich mit dem peinlichen Makel leben, womöglich über Jahre im Prinzip irreguläre Wahlen durchgeführt zu haben.

EL PAIS

(Madrid) Die FPÖ hat nicht nur eine erfolgreiche Anfechtung und eine zweite Chance, einen der Ihren an die Staatsspitze zu hieven, erreicht. Sie sieht auch ihre

Strategie bestärkt, das System und ihre Institutionen infrage zu stellen. Andererseits stellt der Richterspruch einen heftigen Schlag gegen das Image der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Konservativen dar. Auch wenn keine Beweise für Betrug gefunden wurden, zeigten sich doch Irregularitäten bei der Auszählung.

la Repubblica

(Rom) Hofer hofft jetzt auf eine Chance, zum ersten ultranationalistischen, ausländerfeindlichen und rechtsextremen Präsidenten eines EU-Mitgliedsstaates aufzurücken. Ein Profil, das Europa Sorgen macht, da Hofer nach dem Brexit-Referendum sich für eine ähnliche Volksentscheidung in Europa erklärt hatte. Laut Hofer geht die EU weiterhin in die falsche Richtung. Man müsse die Österreicher über den Verbleib in der EU befragen.